



Inhaltsverzeichnis

22.01.2026	Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung: Industriehafen Lubmin sehr gut im Geschäft	3
22.01.2026	RADIO WMW: Anti-Atom-Initiativen fordern Last-Minute-Gespräche zu Castor-Transporten	5
21.01.2026	correctiv: Warum sich der Atommüll der Welt nicht auf einem „Parkplatz in der Wüste“ entsorgen lässt	6
21.01.2026	lokalkompass.de: Castor-Briefe an Wüst, Neubaur und Reul	8
21.01.2026	Handelsblatt.com: Rückkehr der Atomkraft? Das sind die Perspektiven	10
21.01.2026	n-tv online: Knapp 15 Jahre nach Fukushima: Tepco schließt weltgrößtes AKW wieder ans Netz an	12
21.01.2026	T-Online: Atomkraft erlebt Rekord: Aber nur wegen China	13
22.01.2026	Kreiszeitung Stuhr, Weyhe, Syke: Wohin mit den radioaktiven Abfällen?	15

Industriehafen Lubmin sehr gut im Geschäft

Umschlag von Öl, Raps, Baustoffen und Holz nimmt weiter zu / Bedeutender Hafen im Zusammenhang mit Wasserstoffherstellung

Der Umschlag von Öl, Raps, Baustoffen und Holz nimmt weiter zu. Mit Bundesbehörden wurden langjährige Mietverträge für Schiffsliegeplätze ausgehandelt. Und Lubmin gehört zu den bedeutendsten europäischen Häfen im Zusammenhang mit der Wasserstoffherstellung.

Die Gemeinden Lubmin, Kröslin und Rubenow haben Grund zur Freude: Der Industriehafen Lubmin hat das Jahr 2025 mit einem positiven Ergebnis im Gesamtgeschäft abgeschlossen.

Die drei Kommunen sind über den kommunalen Zweckverband „Energie- und Technologiestandort Freesendorf“ (ZV ETF) Eigentümer und Betreiber des Industriehafens samt seiner Nebenanlagen wie Gleis, Straßen und Fläche. Wie Vorstandsvorsteher Axel Vogt sagte, „entsprachen die Aktivitäten und Umsätze insgesamt unseren Erwartungen und Zielsetzungen“.

Das Hafengeschäft gliedert sich nach seinen Worten in mehrere Geschäftsbereiche: Das Umschlagsgeschäft für Massengüter wie Öl, Raps, Rapsschrot, Baustoffe und Holz sowie für Projektladungen - dazu gehören Stahlbauteile und Aggregate für Unternehmen der Energiebranche - findet an den Schiffsliegeplätzen 1 bis 6 statt. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 123.000 Tonnen über die Kaikante bewegt. Im Rahmen des Güterumschlages entwickelte sich auch der schienengebundene Verkehr mit 24.000 Tonnen weiter.

Ein weiterer Geschäftsbereich ist die Vermietung von Schiffsliegeplätzen und Lagerflächen für Offshore-Projekte in der Ostsee zwischen den Inseln Rügen

und Bornholm. Der Industriehafen Lubmin dient hier vorrangig als Basishafen für Arbeitsschiffe im Greifswalder Bodden während der Bauphasen.

Im dritten Geschäftsbereich, der Vermietung von Dauerliegeplätzen für Behördenschiffe zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben und des LNG-Terminals „Deutsche Ostsee“, konnten Langzeitverträge und weitere Optionsverträge abgeschlossen werden. „Diese Verträge geben uns eine mehrjährige Planungssicherheit“, verdeutlicht Axel Vogt.

Den Industriehafen Lubmin können Seeschiffe mit einem Tiefgang bis zu 6,10 Metern anlaufen. Parallel zur Kaikante verläuft auf 735 Meter Länge ein Gleis mit direkter Anbindung ans bundesweite Schienennetz. Güterumschlag mit Schiffen aus dem Binnenwasserstraßennetz ist ebenso möglich. Gleichzeitig ist der Zweckverband ETF ein wichtiger Netzwerkakteur im Rahmen der geplanten Entwicklung der Wasserstoffwirtschaft. So besitzt er das Planungsrecht für den „Bebauungsplan Nr. 1 Lubminer Heide“. Dieser umfasst circa 120 Hektar Industrie- und Gewerbeflächen.

Wie Vogt berichtet, wurde 2025 auch investiert. So wurde das Gebäude der Hafenverwaltung um eine Etage erweitert. Die Arbeiten wurden durch Unternehmen der Region ausgeführt.

Für den zweiten Teil der Anbindung des gesamten Hafenbereiches an klima- und umweltfreundliche Landstromanschlüsse wurden die Planungen in Auftrag gegeben. In diesem Jahr soll der Bau erfolgen.

Daneben wurde die Beleuchtung aller Umschlagsplätze geplant, die ebenfalls 2026 umgesetzt werden soll. „Das ist wichtig, weil wir dann auch nachts kontinuierlich Güterumschlag durchführen können. Das wiederum steigert unsere Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Hafengeschäft“, betont der Vorstandsvorsteher.

„Das Industriegebiet Lubminer Heide ist mit Gaspipelinestruktur, der Anlandung und Verfügbarkeit von Offshore-Windstrom, der Verfügbarkeit von Wasser, seiner Ringleitung für die notwendigen Medien und der trimodalen Hafenanbindung einer der bedeutendsten europäischen Standorte für die Wasserstoffherstellung“, resümiert Vogt.

Gleichzeitig verweist er darauf, dass der Zweckverband „Energie- und Technologiestandort Freesendorf“ kontinuierlich soziale Projekte und ehrenamtliches Engagement in den Mitgliedsgemeinden Lubmin, Kröslin und Rubenow unterstützt. 2025 wurden 15.000 Euro dafür bereitgestellt.

Wörter:	517	Ausgabe:	Nebenausgabe
Autor/-in:	Cornelia Meerkatz	Auflage ¹ :	5.876 (gedruckt)
	tmt6ucz9qmkvqupiemfc16		6.630 (verkauft)
Seite:	11		7.236 (verbreitet)
Ressort:	Greifswald Lokales (GRWREST)	Reichweite ² :	0,03018 (in Mio)
Medienkanal:	PRINT		
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

¹IVW 3/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 RADIO WMW

Anti-Atom-Initiativen fordern Last-Minute-Gespräche zu Castor-Transporten

22. Januar 2026 07:00 | Medienart: Online | Visits/Monat: 77.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Protest und politische Forderungen gegen Castor-LKW durch NRW

Ziel der Initiative ist es, die geplanten Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus noch zu verhindern und eine weitere Lagerung des **Atom Mülls** am bisherigen Standort in Jülich zu ermöglichen.

Konkret geht es um 152 Castor-Behälter mit rund 300.000 hochradioaktiven Brennelemente-Kugeln aus dem ehemaligen Forschungsreaktor in Jülich. Diese sollen über mehrere Jahre verteilt mit mehr als 50 LKW-Transporten quer durch Nordrhein-Westfalen ins Zwischenlager nach Ahaus gebracht werden.

Die Organisationen fordern von Wüst und Neubaur sogenannte Last-Minute-Gespräche mit der Bundesregierung. Zudem laden sie beide erneut ein, sich in Ahaus einer öffentlichen Diskussion mit der Bevölkerung zu stellen. An Innenminister Reul richten die Initiativen die Frage, ob seine Zusage aus dem November 2025 weiterhin gilt, vorerst den Ausgang des laufenden Gerichtsverfahrens zur Transportgenehmigung abzuwarten.

Besonders kritisch sehen sie den Autobahnabschnitt zwischen Oberhausen und Bottrop. Dort gebe es durch eine Großbaustelle ein sicherheitstechnisches Nadelöhr, das im Ernstfall umfangreiche Polizeieinsätze erforderlich machen könnte. Die Anwohner entlang der Strecke seien bislang nicht umfassend informiert worden. Begleitet werden die Forderungen von Protesten: Für Samstag, den 24. Januar, rufen die Organisationen gemeinsam mit dem BUND NRW zu einer Demonstration am Autobahn-Rasthof Bottrop-Süd an der A2 auf. Unter dem Motto „Hochradioaktiver **Atom Müll** gehört nicht auf die Autobahn“ wollen die Initiativen auf Sicherheitsrisiken der Transporte aufmerksam machen. Besonders kritisch sehen sie den Autobahnabschnitt zwischen Oberhausen und Bottrop. Dort gebe es durch eine Großbaustelle ein sicherheitstechnisches Nadelöhr, das im Ernstfall umfangreiche Polizeieinsätze erforderlich machen könnte. Die Anwohner entlang der Strecke seien bislang nicht umfassend informiert worden. Auch die Gewerkschaft der Polizei hatte die geplanten Transporte zuletzt kritisiert. Zudem weisen die Initiativen darauf hin, dass auch das Zwischenlager Ahaus keine dauerhafte Lösung sei: Die Genehmigung läuft dort im Jahr 2036 aus, ein **Endlager** für hochradioaktiven Müll ist weiterhin nicht in Sicht.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 correctiv

Warum sich der Atommüll der Welt nicht auf einem „Parkplatz in der Wüste“ entsorgen lässt

21. Januar 2026 17:15 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

„Wir könnten den gesamten **Atommüll** der Welt auf einem einzigen Parkplatz in der Wüste lagern – und es wäre völlig unproblematisch“, behauptet ein Nutzer im November 2025 auf X und bekommt dafür rund 2.000 Likes. Seine Aussage unterstreicht er mit einem alten Foto, das **nukleare Abfälle** des ehemaligen Kernkraftwerks Maine Yankee in den USA zeigt.

Damit greift er eine politische Diskussion der letzten Jahre auf : nämlich, ob **Atomkraft** gegenüber dem Ausbau erneuerbarer Energien vorzuziehen sei. So geschieht es aktuell etwa unter Präsident Donald Trump in den USA . Dort sollen künftig auch kleine **Atomreaktoren** errichtet werden, um etwa den Strombedarf von IT-Rechenzentren zu decken.

Hätte der Account auf X Recht, wäre die Suche nach **Endlagern** für radioaktive Abfälle nicht mehr nötig. Wir erklären, weshalb die oberirdische Lagerung hochradioaktiver Abfälle keine dauerhafte Lösung ist. Auf X zeigt ein Nutzer **Atommüll** in einem Zwischenlager des ehemaligen US-Kernkraftwerks Maine Yankee. Auch dieser müsste in ein **Endlager** transportiert werden.

Atommüll von US-Kernkraftwerk wird lediglich zwischengelagert

Zunächst zu dem Foto, das in dem X-Beitrag zu sehen ist: Das hatte zuvor das US-Energieministerium für Kernenergie auf X mit dem Wortlaut veröffentlicht: „Das ist alles? So sieht es aus, wenn verbrauchter Kernbrennstoff aus 20 Jahren sicher im ehemaligen Kernkraftwerk Maine Yankee gelagert wird.“

Es zeigt 64 Lagerbehälter für **Atommüll** auf dem Gelände des ehemaligen Kernkraftwerks Maine Yankee, das an der Nordostküste der USA liegt. Der Reaktor dort wurde im Jahr 1997 stillgelegt und bis 2005 rückgebaut – seitdem dient ein Teil des Areals als Zwischenlager für den entstandenen Müll, wie der Betreiber des Kraftwerks auf einer Informationsseite schreibt. Darum stehen inzwischen auf einem Teil des Geländes Stahlbehälter, die mit Beton ummantelt sind und rund um die Uhr bewacht werden .In 60 der 64 Behälter lagern nach Auskunft des Betreibers abgebrannte Brennelemente, also hochradioaktive Abfälle.

Aus diesem Zwischenlager hätten die Abfälle eigentlich bereits in eine staatliche Lagerstätte transportiert

werden müssen. Doch das ist bisher nicht geschehen – ein geeignetes **Endlager** für hochradioaktive Abfälle gibt es in den USA bisher nicht. Die US-Regierung musste den Betreiber von Maine Yankee dafür die weitere Lagerung bereits mehrfach finanziell entschädigen – die Summe beläuft sich laut Angaben des Betreibers auf 575 Millionen US-Dollar (Stand: 21. Januar 2026).

Ein **Endlager** wäre aber notwendig, um solche Abfälle vor Angriffen oder Katastrophen besser zu schützen und dauerhaft zu entsorgen, denn die geben teils noch mehrere zehntausend Jahre gesundheitsgefährdende Strahlung ab. So ist in alten Brennstäben Plutonium enthalten, welches eine Halbwertszeit von 24.000 Jahren hat. Das heißt: Erst nach dieser Zeit ist die Hälfte der radioaktiven Strahlung abgeklungen.

Laut der Internationalen **Atomenergiebehörde** fallen weltweit 301.000 Tonnen hochradioaktive Abfälle an

Der ehemalige Betreiber des Kernkraftwerks gibt in einer Informationsbroschüre an, dass die Behälter einen Durchmesser von rund 3,4 Metern und eine Höhe von rund 5,5 Metern haben. Weiter heißt es, dass die insgesamt 64 Behälter auf einer Fläche von 44.515 Quadratmetern stehen, zusammen mit einem Sicherheits- und Verwaltungsgebäude. Diese Fläche ist in etwa vergleichbar mit einem Parkplatz mit rund 3.500 Stellplätzen. Auf Nachfragen von CORRECTIV.Faktencheck antworteten der Betreiber des Lagers und das US-amerikanische Energieministerium nicht. So sind die Behälter aufgebaut, in denen der **Atom Müll** auf dem Gelände des ehemaligen Kernkraftwerks Maine Yankee gelagert wird

Das **Bundesamt für Sicherheit und nukleare Entsorgung (BASE)** schrieb auf Anfrage von CORRECTIV.Faktencheck, dass die hochradioaktiven Abfälle deutscher Kernkraftwerke in circa 1.750 Castorbehältern mit Maßen von etwa 6 Meter Höhe und rund 2,5 Metern Durchmesser lagern. Allein das Volumen der dieser Abfälle belaufe sich auf 27.000 Kubikmeter. Neben hochradioaktiven Abfällen unterscheidet das **BASE** noch mittel- und schwachradioaktive Abfälle. Dazu kommen weltweit hunderte Kernkraftwerke, die ebenfalls Abfall produzieren.

Ein Bericht der Internationalen **Atomenergiebehörde (IAEA)** aus dem November 2025 schlüsselt die Menge des weltweiten **Atom Mülls** um das Jahr 2019 herum detailliert auf. Laut der IAEA deckt der Bericht 92 Prozent der weltweiten Kernkraftwerke ab und kommt zu dem Ergebnis, dass weltweit allein 301.000 Tonnen hochradioaktives Schwermetall von abgebrannten Brennelementen gelagert werden.

Endlager müssen sicher sein, auch in tausenden Jahren

Die Behauptung auf X, ein „Parkplatz in der Wüste“ sei ausreichend für die Lagerung des weltweiten **Atom Mülls**, ist aus mehreren Gründen irreführend. Der Beitrag spielt die Menge des weltweiten **Atom Mülls** durch die Auswahl des Fotos herunter und pauschalisiert. Das Beispiel in den USA zeigt konkret: Selbst der Abfall eines einzigen **Atommeilers** lässt sich kaum auf einem Parkplatz unterbringen.

Auch in Deutschland ist die **Endlagerung** von radioaktiven Abfällen ein Problem. Nach so einem **Endlager** für hochradioaktive Abfälle wird seit Jahrzehnten gesucht. Im **Endlager Konrad** im niedersächsischen Salzgitter dürfen lediglich schwach- und mittelradioaktive Stoffe gelagert werden.

Das **BASE** schrieb uns: „Um Mensch und Umwelt zu schützen, muss von radioaktiven Abfällen zum einen die Direktstrahlung abgeschirmt werden, zum anderen muss eine Freisetzung der radioaktiven Stoffe verhindert werden. Die Abschirmung der Direktstrahlung erfolgt einerseits durch massive Behälter und andererseits durch Betonwände eines Zwischenlagers oder die Verfüllung der Hohlräume im **Endlager**.“

Ein Zwischenlager habe zudem den Nachteil, so das **BASE** weiter, dass es schwerer gegen terroristische Anschläge oder Diebstahl zu schützen sei und laufend geprüft werden müsse, ob alle Lagerbehälter intakt sind. „Ein tiefengeologisches **Endlager** wird hingegen“, so das **BASE**, „darauf ausgelegt sein, dass die Sicherung und Sicherheit der hochradioaktiven Abfälle für immer und ohne weitere menschliche Eingriffe gewährleistet wird.“

Weltweit konnten bisher kaum sichere **Endlager** für hochradioaktive Abfälle in Betrieb gehen. In Finnland soll laut Berichten noch in den 2020er Jahren ein erstes **Endlager** in Betrieb gehen. Zwischenlager sind aktuell die einzige Möglichkeit, hochradioaktiven **Atommüll** länger aufzubewahren.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 lokalkompass.de

Castor-Briefe an Wüst, Neubaur und Reul

21. Januar 2026 14:08 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Mit Schreiben an NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU), Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) sowie Innenminister Herbert Reul (CDU) versuchen die Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland und Jülich sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) neuen Schwung in die politische Castor-Debatte zu bringen. Es geht um die 152 Castor-Behälter mit rund 300 000 hochradioaktiven Brennelementekugeln, die vom Forschungszentrum Jülich in einem mehrjährigen Kraftakt über die Autobahn ins Zwischenlager Ahaus gebracht werden sollen.

Die Anti-Atom-Organisationen fordern von Wüst und Neubaur eine Einladung an die Bundesregierung zu Last-Minute-Gesprächen, um die Weiterlagerung des Jülicher **Atommülls** vor Ort zu ermöglichen. Zugleich laden sie die beiden Spitzenpolitiker:innen erneut ein, sich in Ahaus der Diskussion mit der Bevölkerung zu stellen. Von Innenminister Reul wollen die Organisationen wissen, ob seine schriftliche Zusage von Ende November 2025 weiterhin gilt, dass er zunächst den Ausgang des juristischen Streits um den Sofortvollzug der Transportgenehmigung für die Castoren vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg abwarten wird, bevor ein erster **Atommüll**-Transport starten kann.

Zugleich rufen die Organisationen zusammen mit dem BUND NRW und weiteren Initiativen für jetzt Samstag, 24. Januar, um 11 Uhr zu einer Demonstration am Autobahn-Rasthof Bottrop-Süd an der Castor-Autobahn A2 auf. Die Demo beginnt mit einer Kundgebung an der Kreuzung Oberhausener Straße / Hanielstr. / Im Fuhlenbrock und wird durch den Stadtteil Bottrop-Fuhlenbrock führen, um die Anwohner:innen zu informieren. Die Demo steht unter dem Motto „Castor-Lawine Jülich–Ahaus stoppen – hochradioaktiver **Atommüll** gehört nicht auf die Autobahn“.

Der Autobahn-Abschnitt der A2 zwischen Oberhausen und Bottrop liegt auf halbem Weg der 170 Kilometer langen Strecke zwischen Jülich und Ahaus und ist durch eine Großbaustelle ein offensichtliches, sicherheitstechnisches Nadelöhr. Die verengten Fahrbahnen machen eine seitliche Abschirmung der Castor-LKW unmöglich und dürften deshalb im Ernstfall zu einem Polizei-Großeinsatz mit zahlreichen Absperrungen führen.

„Hochradioaktiver **Atommüll** gehört nicht auf die Autobahn. Deshalb werden wir in Bottrop unseren Protest öffentlich sehr deutlich machen – wir fordern weiterhin eine politische Lösung zwischen Bundes- und Landesregierung, die eine möglichst sichere Weiterlagerung des **Atommülls** in Jülich ermöglicht. Aus diesem Grund haben wir der NRW-Landesregierung jetzt noch einmal geschrieben“, erklärten Marita Boslar vom Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich und Jens Dütting von der Bürgerinitiative „Kein **Atommüll** in Ahaus“ gemeinsam.

Die Anwohner:innen entlang der Autobahnen wurden bislang weder von der Bundes- noch der Landesregierung oder der Polizei unterrichtet. Die Proteste dienen also auch der öffentlichen Information über die erheblichen Unfall- und Sicherheitsgefahren der LKW-**Atommülltransporte**. Die Gewerkschaft der Polizei spricht angesichts der „sinnlosen Mammutaufgabe“ seit Monaten von „Wahnsinn“. Denn auch das Zwischenlager Ahaus ist neben Gorleben das älteste in Deutschland und bietet keine Dauerlösung. 2036 läuft auch in Ahaus die Genehmigung aus. Ein sicheres **Endlager** wird es auf Jahrzehnte nicht geben. In dieser Situation machen **Atommülltransporte** von einem Zwischenlager in ein anderes keinen Sinn. Sie sorgen angesichts von maroden Autobahnen und Brücken, von Drohnen und der Gefahr schwerer Unfälle nur für neue, unkalkulierbare Risiken.

„Wer in diesen unsicheren Zeiten auf die Idee kommt, dutzende Male hochradioaktiven **Atommüll** in riesigen Polizei-Konvois über die ohnehin überlasteten NRW-Autobahnen zu schicken, handelt unverantwortlich. Es ist absolut unverständlich, warum von der NRW-Landesregierung so wenig zu hören ist. Wenn NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst wirklich auf jeden Castor gut verzichten kann, wie er letzten Sommer gesagt hat, dann muss er jetzt endlich die Initiative ergreifen, um die hochriskante **Atommüll-Lawine** für NRW zu verhindern. Die BUND-Beschwerde vor dem OVG Berlin-Brandenburg bietet ein politisches Zeitfenster“, ergänzte Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen **Atomanlagen**.

Energie

Rückkehr der Atomkraft? Das sind die Perspektiven

Neue Zahlen zeigen zwar, dass weltweit mehr Meiler vom Netz gehen, als hinzukommen. Dafür ist die neue Generation aber leistungstärker. Vor allem ein Land baut neue Kernkraftwerke.

Düsseldorf. Im vergangenen Jahr sind weltweit vier neue Atomkraftwerke ans Netz gegangen, sieben wurden abgeschaltet. Trotzdem bleibt die installierte Erzeugungskapazität mit 369 Gigawatt (GW) stabil. Das zeigen neue Zahlen des „World Nuclear Industry Status Report“ (WNISR).

Der Report erscheint einmal im Jahr und wird unter anderem von der Heinrich-Böll-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung in Auftrag gegeben.

Dass die Energieproduktion trotz schrumpfender Zahl der Anlagen nicht sinkt, hängt mit der Kapazität der neuen Meiler zusammen: Sie sind im Schnitt größer als ihre Vorgänger. „Die Nettobilanz für Inbetriebnahmen und Stilllegungen war mit etwas über 1,5 GW leicht positiv“, schreiben die Autoren des WNISR.

Angeführt wird die Liste der Länder mit den meisten Neubauprojekten seit Jahren von China. Mit 36 Projekten entfällt mehr als die Hälfte aller Bauvorhaben auf die Wirtschaftsmacht in Asien, danach folgen Russland, Indien, die Türkei und Ägypten. Insgesamt sind 63 Reaktoren im Bau. Ein Jahr zuvor waren es noch 58.

Kernenergie spaltet die Weltgemeinschaft nach wie vor. Während Länder wie Deutschland und Taiwan aus der Atomenergie ausgestiegen sind, diskutieren Regierungen in Italien, Japan und Schweden ihre Renaissance oder lassen alte Kraftwerke länger am Netz.

Grund ist der steigende Stromverbrauch in Kombination mit den Bemühungen um eine klimaneutralere Energieversorgung. Atomkraft gilt – anders

als Kohle, Erdöl und Gas – als emissionsarme Energiequelle: Es entstehen deutlich weniger schädliche Klimagase.

Nach Schätzung von Experten verursacht ein Kernkraftwerk über den gesamten Lebenszyklus im Schnitt zwischen 70 und 180 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde Strom. Ein Kohlekraftwerk kommt dagegen laut der Entwicklungsorganisation Oxfam auf 940 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde.

Auch in Deutschland fordern Teile aus Politik und Wirtschaft immer wieder eine Rückkehr zur Kernkraft. „Wir kaufen Atomstrom aus Frankreich und Tschechien, lehnen aber Kernkraft bei uns ab“, kritisierte jüngst erst wieder Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) in einem Interview mit der „Welt am Sonntag“.

2011 hatte die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) den Atomausstieg gemeinsam mit der schwarz-gelben Regierung beschlossen, nachdem eine Flutwelle vor der Küste Japans eine dreifache Kernschmelze im Kraftwerk Fukushima ausgelöst hatte.

Nach jahrelangen Verhandlungen, milliardenschweren Abfindungszahlungen an die Kraftwerksbetreiber und einer kurzzeitigen Verlängerung vor dem Hintergrund der Energiekrise im Winter 2022 gingen die letzten drei Meiler in Deutschland vor zwei Jahren endgültig vom Netz.

CSU-Politiker Söder fordert ein Umsteuern und bringt dabei eine neue Generation kleinerer, sicherer Reaktoren ins Spiel. „Es geht nicht darum, dass wie früher große Meiler hochgezogen werden. Ich spreche von kleineren, smarten Reaktoren, wie es sie in Kanada bereits gibt.“ Bislang ist weltweit aller-

dings noch kein Pilotprojekt mit „Small Modular Reactors“ (SMR) am Netz. Der Erfolg ist alles andere als sicher, und die Hürden sind hoch.

Viele Länder setzen deswegen immer noch auf die klassischen Atomkraftwerke. Allein Anfang 2026 sollen 13 neue Reaktoren in Betrieb genommen werden. So zumindest der Plan. Denn ein großes Problem sind die hohen Baukosten. Ein Atomkraftwerk ist immer in erster Linie ein politisches Projekt, keine wirtschaftliche Investition.

Bestes Beispiel ist die Anlage Flamanville in Frankreich. Das Kraftwerk sollte schon lange am Netz sein. Aber statt über die angekündigten fünf Jahre hat sich die Bauzeit über mehr als 17 Jahre gezogen. Und die Gesamtkosten sind von angekündigten vier Milliarden auf über 25 Milliarden Euro gestiegen.

Im Jahr 2025 kostet eine Megawattstunde (MWh) Strom aus Atomkraftwerken in den USA laut dem Beratungsunternehmen Lazard etwa 141 US-Dollar. Die Kosten für die Endlagerung der radioaktiven Abfälle sind dabei noch nicht eingepreist. Zum Vergleich: Wind und Solar, inklusive Speicher, liegen zwischen 37 und 70 Dollar die MWh.

Frankreich rühmt sich zwar seines günstigen Atomstroms, doch der Preis ist durch staatliche Subventionen künstlich gedeckelt. Zahlreiche Gutachten zeigen, dass die tatsächlichen Kosten um bis zu 75 Prozent höher liegen. Trotzdem will das Land seine Kraftwerke für insgesamt 100 Milliarden Euro auf längere Laufzeiten vorbereiten.

Anteil an der Stromerzeugung auf 40-Jahres-Tief

Kernenergie macht laut der Internationalen Energieagentur (IEA) etwas mehr

als neun Prozent der weltweiten Stromversorgung aus – der Anteil ist damit so gering wie seit 40 Jahren nicht mehr. Das hat maßgeblich mit einer gegensätzlichen Dynamik zu tun, denn der Anteil erneuerbarer Energien am globalen Strommix wächst dynamisch.

Allein in China wurden in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres schätzungsweise 275 GW Solarkapazität installiert. Das sei „mehr als das Hundertfache der kombinierten Kapazität von 2,5 GW der beiden neuen Atomreaktoren, die in der gleichen Zeit an das chinesische Stromnetz angeschlossen wurden“, schreiben die Autoren des WNISR.

Weil die Erneuerbaren deutlich günstiger sind als Kohle-, Gas- oder Atomenergie, gelten sie mittlerweile als die am schnellsten wachsende Energiequelle. Wind und Solar liefern aber nur dann Strom, wenn der Wind weht und die Sonne scheint. Währenddessen produziert ein Kernkraftwerk rund um die Uhr Energie.

Der Ausbau der Kernkraft stütze sich allerdings stark auf chinesische und russische Technik und Ressourcen wie Uran, was das Risiko künftiger Abhängigkeiten beinhalte, heißt es im WNISR.

Auch deswegen lässt die wahre Renaissance der Atomkraft weiter auf sich warten. Die Nettoerzeugungskapazität ist zwar so hoch wie nie, liegt aber da-

mit immer noch nur geringfügig über dem Niveau von 2006.

Die scheinbare Stabilität wird ausschließlich durch den massiven Ausbau in China aufrechterhalten. Außerhalb Chinas sank die nukleare Stromerzeugung seit 2006 um fast 14 Prozent, und die Anzahl der Reaktoren ging netto um 48 Einheiten zurück.

Markus Söder Ministerpräsident Bayern

Es geht nicht darum, dass wie früher große Meiler hochgezogen werden.

Wörter: 887
Autor/-in: Kathrin Witsch
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe: Einzelausgabe
Visits (VpD)¹: 807.013
Unique Users (UUpD)²: 271.000

Weblink: <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energie-rueckkehr-der-atomkraft-das-sind-die-perspektiven/100190668.html>

¹ von PMG gewichtet 10-2024

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 n-tv online

Knapp 15 Jahre nach Fukushima: Tepco schließt weltgrößtes AKW wieder ans Netz an

21. Januar 2026 13:46 | Medienart: Online | Visits/Monat: 240.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Reaktor Nr. 6 des Atomkraftwerks Kashiwazaki-Kariwa soll die Stromversorgung im Großraum Tokio verbessern.

Japan treibt den Ausbau seiner Atomenergie voran. Dafür werden auch stillgelegte Reaktoren wieder hochgefahren. Der Konzern Tepco, der an der Nuklearkatastrophe von Fukushima beteiligt war, schließt seine wichtigste Anlage wieder an.

Der japanische Energiekonzern Tepco hat erstmals seit der Atomkatastrophe von Fukushima vor knapp 15 Jahren wieder einen Reaktor hochgefahren. Das Unternehmen nahm den Reaktor Nr. 6 im weltgrößten Atomkraftwerk Kashiwazaki-Kariwa nach Abschluss von Inspektionen wieder in Betrieb, wie Tepco mitteilte.

Die Bedeutung des Neustarts sei "aus Sicht der Steuerung von Stromangebot und -nachfrage, der Stromtarife und der Sicherung dekarbonisierter Energiequellen" gestiegen, erklärte der japanische Regierungssprecher Minoru Kihara. Der kommerzielle Betrieb des Reaktors solle bis Ende Februar aufgenommen werden und die Stromversorgung im Großraum Tokio verbessern.

Der Neustart ist nach Einschätzung von Experten ein "wichtiger Wendepunkt" für die Regierung. "Er signalisiert das Ende des atomaren Stillstands nach Fukushima und bekräftigt die Bedeutung von Atomkraft für eine stabile Stromversorgung", kommentierte Analyst Filippo Pedretti von Japan NRG. "Wenn sogar Tepco, der am Desaster von Fukushima Daiichi beteiligte Versorger, seine wichtigste Anlage wieder hochfahren kann, können andere Anlagen folgen."

Bau neuer Reaktoren

Nach Rückschlägen beim Ausbau der Offshore-Windkraft und dem Kostendruck durch importierte fossile Brennstoffe setzt Japan wieder verstärkt auf Kernenergie, um die Versorgungssicherheit zu erhöhen. Ministerpräsidentin Sanae Takaichi treibt den Bau neuer Reaktoren voran.

Mit der Wiederinbetriebnahme des Reaktors in Kashiwazaki-Kariwa sind in Japan nun 15 der 33 nach der Fukushima-Katastrophe noch betriebsfähigen Reaktoren am Netz. Der Schritt gilt als wichtiger Test für die gesamte Branche, da sechs weitere Reaktoren anderer Betreiber auf die Genehmigung zur

Wiederinbetriebnahme warten. Die japanische **Atomaufsichtsbehörde** NRA ordnete diesen Monat an, dass der Versorger Chubu Electric einen detaillierten Bericht über gefälschte seismische Daten vorlegen muss. Die Prüfung des Antrags auf Wiederinbetriebnahme von dessen einzigem **Atomkraftwerk** Hamaoka wurde ausgesetzt.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 T-Online

Atomkraft erlebt Rekord: Aber nur wegen China

21. Januar 2026 16:30 | Medienart: Online | Visits/Monat: 460.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Weltweit wurden 2024 wieder mehr Atomkraftwerke gebaut. Doch gleichzeitig sinkt die Bedeutung der Atomenergie für die Stromerzeugung.

Die weltweite Kapazität von Atomkraftwerken hat ein Rekordniveau erreicht. Die Zunahme wird dabei insbesondere von China getrieben, wie aus dem in Berlin vorgestellten Überblick zur Lage der Atomkraft weltweit hervorgeht.

Zugleich sank der Anteil der Atomkraft an der weltweiten Energieerzeugung von 17,5 Prozent im Rekordjahr 1996 auf 9 Prozent im Jahr 2024. Insgesamt wurden 2024 demnach 2.677 Terawattstunden (TWh) Energie erzeugt – Tendenz steigend.

Ohne China wäre die AKW-Leistung gesunken

Ohne den Ausbau in China wäre die weltweite Kapazität von Atomkraftwerken seit 2010 laut Bericht gesunken. Zugleich wuchsen die Erzeugungskapazitäten für Solarkraft in China zuletzt noch deutlich schneller als für Atomkraft: Einem Zuwachs von 278 Gigawatt (GW) bei Photovoltaik standen 3,5 GW Zuwachs bei Nuklearkraft entgegen.

Neben China werden neue Atomkraftwerke vor allem in Südkorea, Russland, Indien, Ägypten und der Türkei gebaut. Insgesamt befinden sich 63 neue Reaktoren weltweit im Bau, teilweise laufen die Arbeiten für die Anlagen aber schon seit Jahrzehnten.

Russland hat wichtige Rolle beim weltweiten Bau von Reaktoren

Beim weltweiten Bau von Reaktoren dominiert Russland dem Bericht zufolge weitgehend den Markt – mit Ausnahme von China, das beim Ausbau stark auf heimische Technologie setzt. Die Anlagen blieben weitgehend abhängig von russischer Unterstützung, sagte der Herausgeber des Berichts, Mycle Schneider. Der "World Nuclear Industry Status Report" wird alljährlich von einem internationalen Team aus Wissenschaftlern, Journalisten und anderen Experten erstellt. Er wird unter anderem vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung, den Grünen im Europaparlament und der Schweizerischen Energie-Stiftung finanziell gefördert.

Wohin mit den radioaktiven Abfällen?

Ortsverband Diepholz von Bündnis 90/Die Grünen diskutiert über die aktuelle Situation

Diepholz – Könnte der Landkreis Diepholz eventuell von der Endlagerung radioaktiver Abfälle betroffen sein? Im Rahmen eines „Offenen Abends“ widmete sich der Ortsverband Diepholz von Bündnis 90/Die Grünen der bundesweiten „Suche nach einem Atommüllendlager“. Etwa 15 Personen waren zu der Veranstaltung in der Körstube erschienen, um über den aktuellen Stand zu diskutieren. Joachim Strobel vom Vorstand des Grünen-Ortsverbandes gab dazu einen Überblick.

Die Jahre lautstarker Proteste gegen die Lagerung von radioaktiven Abfällen, eher bekannt unter dem Namen Atommüll, liegen weit zurück. Doch die Suche nach einem Endlager ist dennoch ein Problem, das es zu lösen gilt. Joachim Strobel, der auch beruflich mit dem Thema befasst ist, berichtete über das Vorgehen der Bundesrepublik Deutschland seit dem Jahr 2017 und wies auf die geplanten Erkundungsphasen 1 und 2 hin, die insgesamt von 2030 bis 2055 dauern werden. Diese sollen in eine Entscheidung im Jahr 2060, die schließlich zu einer Befüllung eines Endlagers im Jahr 2070 führen soll.

Zunächst wies der Referent auf eine „weiße Landkarte“ der Bundesrepublik als Ausgangspunkt hin. „Damit haben wir im Jahr 2017 angefangen“, erläuterte er. Dadurch seien zunächst alle Gebiete als Endlager denkbar gewesen. Ungeeignete Gebiete seien nach

und nach „herausgeworfen“ worden durch Anwendung verschiedener Kriterien. Die ursprünglich weiße Landkarte habe sich dadurch farblich verändert mit Regionen, die vielleicht infrage kämen. Die einzelnen Entwicklungen der Endlagersuche dokumentierte der Referent anhand weiterer, immer wieder aktualisierter Landkarten. Bei dieser Suche nach geeigneten Gebieten sei auch die „Umgebung Damme“ in den Blick geraten.

Joachim Strobel erläuterte einzelne Kriterien, die bei der Endlagersuche angewendet werden. Dabei haben die Gesteinsarten einer Region eine herausragende Bedeutung. In der Zukunft werde es jedoch weitere „Hürden“ geben, die zum Ausschluss weiterer Gebiete führen werden. Schließlich würden in etwa 20 Jahren zwei oder drei Gebiete in das „engste Auswahlverfahren“ kommen.

Federführend bei dieser Endlagersuche ist die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). Als Aufsichtsbehörde ist das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) tätig. Beide Behörden informieren auf ihren Internetseiten über aktuelle Entwicklungen.

Joachim Strobel betonte, dass es sich bei der Endlagersuche um „ein methodisches Vorgehen“ handele. Auch die Zeiträume, die zur Entscheidungsfindung führen, seien gesetzlich geregelt. Im weiteren Verlauf wies er zudem

auf die Endlagersuchen in anderen europäischen Ländern hin. Hierbei gebe es die Tendenz, mögliche Endlager jeweils nahe an die Grenzen zu Nachbarstaaten zu legen.

Doch zurück nach Deutschland und hier in die abendliche Diskussion in der Körstube. Es gab unterschiedliche Überlegungen und Ideen, die spontan eingebracht wurden: Wir als Grüne müssen aufpassen, dass nicht in Naturschutzgebiete hineingebaut wird. Speziell die Umweltbelange am Dümmer müssen bewahrt werden. Was akzeptiert die jeweilige örtliche Bevölkerung? Wie groß ist überhaupt das Interesse der Öffentlichkeit? Wird die Entscheidung für ein Endlager letzten Endes wissenschaftlich gefällt oder wird sie politisch geprägt sein?

Aber auch diese Frage stand im Raum: Müssen die Grünen als Umweltschützer überhaupt eine Lösung suchen? Es wurde an die Zeiten erinnert, in denen die Grünen führend aktiv waren in der Anti-Atom-Bewegung.

Wie auch immer – Joachim Strobel betonte die zahllosen fachlichen Anforderungen an ein Endlager. Und bei den dermaßen langen Zeiträumen könne man nicht ausschließen, dass „vielleicht alles anders kommt“.BERND GERWANSKI

Wörter: 536
Seite: 16
Ressort: Nachbarschaft
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage¹: 6.882 (gedruckt)
10.233 (verkauft)
10.314 (verbreitet)
Reichweite²: 0,01762 (in Mio)

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. (c) Kreiszeitung Syke

¹ von PMG gewichtet 10/2025

² von PMG gewichtet 7/2025